

## Falken in beiden Lagern

Der Machtkampf in Südsudan macht Pause, bleibt aber ungelöst. Seite 5



## Roh und gewalttätig

Bruno Preisendörfer erkundet Details der Luther-Zeit. Seite 15

Foto: akg-images

## Landkaufbremse

Im Osten wird Agrarland teuer. Das gefällt nicht allen. Seite 9

Foto: dpa/Julian Stratenschulte

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Freitag, 22. Juli 2016

71. Jahrgang/Nr. 170

Bundesausgabe 1,70 € [www.neues-deutschland.de](http://www.neues-deutschland.de)



## STANDPUNKT

### Ausnahmen werden Alltag

Stephan Fischer über das Ende des trügerischen Normalzustands

Der Ausnahmezustand in Demokratien ist von seinem Wesen her gefährlich wie paradox: Sieht sich ein Staat, konkret deren Machthaber, in der Existenz akut bedroht, greift er auf judikativem oder exekutivem Wege die eigene Ordnung und Verfasstheit an, um sie zu schützen. Eine Ausweglosigkeit: Schritte, zur »Verteidigung« der Demokratie und des Rechtsstaats angewandt, sind die selben, die sie zerstören können.

In der Türkei stützen Erdogan und seine regierende AKP gerade in atemberaubender Geschwindigkeit die Verfasstheit des Landes um, in Frankreich wird der Ausnahme- zum Dauerzustand. Ob nun ein Putsch oder Terror Staaten dazu treiben, rechtsstaatliche und demokratische Errungenschaften »zu ihrem Schutz« über Bord zu werfen – es sind auch Ergebnisse der alltäglichen Ausnahmezustände auf der Welt, die in Zeiten globaler Vernetzung auf Europa zurückstrahlen. Europa und die westliche Hemisphäre als »Inseln der Seligen« mit ihren leidlich funktionierenden Demokratien – lange haben sie globalen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten zugesehen, verdanken einem schrankenlosen Kapitalismus einen Teil ihres Wohlstands. Jetzt kommen die Folgen mit Macht zurück. Mit Mitteln des Rechtsstaats scheinen sich viele Staaten im Innern wie nach außen ihrer nicht mehr erwehren zu können – oder zu wollen. Ein historischer wie geografischer Ausnahmezustand, die Abwesenheit ebenjenes, endet gerade. Während trügerische Annahmen zur Normalität schwinden.

## UNTEN LINKS

Heute ist der **Welttag** des Gehirns. Gewürdigt wird damit ein hochkomplexes Organ, das nur zwei Prozent der Körpermasse ausmacht, aber 20 Prozent der Körperenergie verbraucht. Letzteres mag schwanken und im Ausnahmefall auch umgekehrt sein, in jedem Fall ist im Gehirn das Bewusstsein des Menschen zu Hause. Was jeden Welttag und auch diese kleine Rubrik rechtfertigt, denn Bewusstsein ist ein Antrieb dieser Zeitung. Das Gehirn, so recherchierte der Autor, verliert zuweilen an Leistungskraft – bei Dauerbelastung wie bei Unterforderung. Das ist natürlich fürs Bewusstsein alles andere als gut, weshalb es Zeit wird, einen anderen Welttag ins Spiel zu bringen – den Tag der Hängematte. Auch dieser ist heute, und das ist sicher kein Zufall. Er soll das Bewusstsein für das Nichtstun schärfen, im Interesse der Gesundheit. Doch wird das reichen? Ist das Gehirn damit ausreichend geschützt? Natürlich nicht! Wir fordern einen Tag der sozialen Hängematte! uka

ISSN 0323-3375



## Präsidentialer Putsch

Istanbul. Nach Ausrufung des Ausnahmezustands in der Türkei warnt die Opposition des Landes vor einer Alleinherrschaft von Präsident Recep Tayyip Erdogan. Die Gesellschaft sei gezwungen gewesen, zwischen einem Putsch und einem undemokratischen Regime zu wählen, erklärte die Partei HDP. »Diese Wahlmöglichkeit lehnen wir ab.« Der Putschversuch sei zur Gelegenheit geworden, alle Gegner der Regierung auszuschalten und die demokratischen Rechte weiter einzuschränken, hieß es. Auch die größte Oppositionspartei CHP verurteilte den Ausnahmezustand. »Das war Illoyalität, Undank und ein ziviler Putsch gegen das Parlament«, hieß es in einer Erklärung. dpa/nd Tagesthema Seite 2

## Politische Einigung

Paris. Eine Woche nach dem Anschlag von Nizza hat die französische Nationalversammlung einen Kompromiss zur Verlängerung des Ausnahmezustands um sechs Monate gebilligt. Die Abgeordneten stimmten am Donnerstag mit großer Mehrheit für den Vorschlag eines Vermittlungsausschusses aus Nationalversammlung und Senat, der zweiten Parlamentskammer. Auch der Senat votierte dafür. Damit bleiben die Sonderrechte für die Behörden bis Anfang 2017 in Kraft. Am Mittwoch hatten die beiden Gremien noch unterschiedliche Varianten des Gesetzes beschlossen. Anlass für Verlängerung des Ausnahmerechts war die Lkw-Attacke mit 84 Toten. dpa/nd Seite 7

## Prompte Reaktion

Bamako. Nach dem tödlichen Angriff auf eine Kaserne in Mali wurde in dem afrikanischen Land der Ausnahmezustand verhängt. Die Maßnahme solle helfen, »das Vorgehen gegen den Terrorismus, die organisierte Kriminalität und alle Formen der Bedrohung für die Sicherheit fortzusetzen und zu verstärken«, hieß es in einer Erklärung der Regierung in Bamako. Der Ausnahmezustand solle zunächst für zehn Tage gelten. Am Dienstag hatten Bewaffnete eine malische Kaserne gestürmt und 17 Soldaten getötet. Nach Einschätzung der Regierung handelte es sich dabei um einen »koordinierten terroristischen Angriff«. In Mali sind mehrere hundert Soldaten der Bundeswehr stationiert. AFP/nd

## Angleichen ohne auszugleichen

Rentenwert Ost soll auf West-Niveau steigen, die Höherwertung der Löhne aber entfallen

**Nun ist die Katze aus dem Sack: Die Angleichung des Ost-Rentenwerts soll bis zum Jahr 2020 erfolgen. Rentner profitieren, Arbeitnehmer zahlen aber die Zeche.**

Von Fabian Lambeck

Lange haben die Rentner in den neuen Ländern auf diese Nachricht gewartet: Fast 26 Jahre nach dem Beitritt der DDR soll der Rentenwert Ost auf das höhere West-Niveau klettern. Dies bestätigte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) am Donnerstag in Schwerin. Derzeit liegt der Rentenwert Ost bei 28,66 Euro und damit bei 94,1 Prozent des Westwertes. In zwei Schritten soll bis zum Jahr 2020 die Angleichung erfolgt sein. Ein internes Papier des Bundesarbeitsministeriums, das »nd« vorliegt, legt

den Fahrplan dafür fest. Demzufolge soll die Angleichung rund 5,7 Milliarden Euro kosten.

Während der Rentenwert steigt, soll parallel dazu die Höherwertung der Ost-Einkommen abgeschafft werden. Mit einem jedes Jahr neu bestimmten Faktor werden die niedrigeren Löhne für die Rentenberechnung auf West-Niveau hochgerechnet, in diesem Jahr um fast 15 Prozent. Das Durchschnittseinkommen im Osten beträgt offiziell 87 Prozent des Durchschnittsverdienstes im Westen. Untersuchungen von Gewerkschaften kommen hier aber auf einen tatsächlichen Unterschied von fast 20 Prozent. Die Hochwertung wurde 1992 noch unter Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) eingeführt, damit sich die geringeren Einkommen nicht Jahrzehnte auf die Renten auswirken.

In der Union gibt es Widerstand gegen die Pläne von Nahles. Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) sagte den Zeitungen des Redaktionsnetz-

»Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer im Osten gehen.«

Bodo Ramelow (LINKE)

werks Deutschland am Donnerstag, auf keinen Fall dürften heutige und künftige Rentner im Osten schlechtergestellt werden.

Bereits Anfang des Jahres hatte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag ein Positionspapier verabschiedet, in dem es heißt: »Die

klaaren Verlierer einer vorzeitigen Rentenangleichung wären die jetzigen Arbeitnehmer in den neuen Bundesländern.«

Kritik kam am Donnerstag ebenso von den Gewerkschaften. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenschach sprach von einem »mutigen Schritt in einer schwierigen Frage«. Ohne die Frage der ungleichen Bezahlung zu berücksichtigen, könne die Hochwertung nicht einfach abgeschafft werden, warnte sie.

Auch die LINKE meldete massive Bedenken an: »Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zu Lasten der Arbeitnehmer im Osten gehen«, schrieb Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (LINKE) am Donnerstag im Kurznachrichtendienst Twitter. Niedriglöhne und sinkendes Rentenniveau seien eine »gefährliche Mischung«. Mit Agturen Seite 7

## Rio ohne russische Leichtathleten

Dopingurteil des Sportgerichtshofs CAS setzt das IOC unter Druck

Lausanne. Der Internationale Sportgerichtshof CAS hat am Donnerstag die vom Weltverband IAAF ausgesprochene Sperre gegen Russlands Leichtathleten bestätigt. Sie können mit Ausnahme zweier in den USA lebender Athleten somit nicht bei den Olympischen Spielen in Rio de Janeiro starten, die in zwei Wochen beginnen werden. Die IAAF hatte den russischen Verband wegen massiver Dopingvergehen suspendiert, sperrte damit aber auch potenziell saubere Sportler.

Russland kritisierte das Gericht scharf. Sportminister Witali Mutko sprach von einem »politisch motivierten Urteil ohne rechtliche Grundlage«. Der CAS habe die Leichtathletik begraben, sagte Stabhochspringerin Jelena Isinbajewa. »Eine kollektive Verantwortung ist kaum hinnehmbar«, fügte Regierungssprecher Dmitri Peskow hinzu. Ein Olympiaboykott werde aber nicht erwogen.

Mit dem Schiedsspruch wächst nun der Druck auf das Internationale Olympische Komitee, die gesamte russische Mannschaft von den Spielen auszuschließen. Der Ruf nach der kompletten Sperre war laut geworden, nachdem der von der Welt-Antidoping-Agentur beauftragte Ermittler Richard McLaren am Montag ein vom russischen Staat »geleitetes, kontrolliertes und überwacht« Dopingbetrugssystem aufgedeckt hatte. Das IOC hatte zunächst das CAS-Urteil und damit die Überprüfung der Rechtmäßigkeit einer Kollektivstrafe abwarten wollen. ok Seiten 4 und 18

## Widersprüche zu Rigaer-Räumung

Im Berliner Innenausschuss verteidigt Senator Henkel seine harte Linie

Berlin. »Der Einsatz war politisch notwendig und rechtmäßig« – dieses Mantra zu der illegalen Teilräumung des Hausprojekts »Rigaer 94« in Berlin-Friedrichshain wiederholte der Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) auch bei einer Sondersitzung des Innenausschusses im Abgeordnetenhaus am Donnerstag. Die Sitzung wurde während der parlamentarischen Sommerferien auf Initiative von Politikern der LINKEN, der Grünen, der Piratenfraktion sowie einem Mitglied der SPD einberufen. »Entweder bin ich derjenige, der auf Knopfdruck die Kavallerie loschickt, oder ich bin der, der einfach nur zusieht«, stilisierte sich Henkel als Opfer wahlkämpferischer Intrigen. »Es wird bewusst gelogen«, urteilte Hakan Taş, innenpolitischer Sprecher der LINKEN im Landesparlament. Es sei während der Sitzung deutlich geworden, dass der Eigentümer von Anfang an die Nutzung der Räume in der »Kadterschmiede« beenden und das Lokal räumen wollte.

Die Vereinsgaststätte sowie eine Werkstatt im Erdgeschoss waren am 22. Juni mit großem Polizeiaufgebot geräumt worden. In der vergangenen Woche stellte das Landgericht fest, dass diese Räumung illegal war. »Statt eines Räumungstitels genügte der Polizei der Wunsch des Immobilieninvestors«, sagt Taş. Am Abend fand auch der erste Runde Tisch mit Anwohnern und Beteiligten statt. Nicht dabei waren Vertreter der »Rigaer 94«, der Innensenator und die Polizei. nic Seite 11

## Lesen Sie morgen im wochen-nd

Recht auf Stadt: Ein Wimmelbild erzählt Geschichten der sozialen Bewegungen

Porträt: Erste indigene Frau im Repräsentantenhaus Australiens

Rückblick: Als Syrien 1973 der Untergang drohte, half die DDR